

LIVE

UKRAINE-KRIEG

Russischer Staatshaushalt erzielt trotz Sanktionen deutliches Plus

Stand: 12.07.2022 | Lesedauer: 22 Minuten



Von **Maraïke Mirau**

Redakteurin Nachrichten & Gesellschaft

Mehr als 20 Milliarden Euro soll der Überschuss des russischen Staatshaushalts im ersten Halbjahr dieses Jahres betragen. Die Sanktionen des Westens betrafen die Einnahmen Russlands nur wenig. Vor allem der Export fossiler Rohstoffe erzielte hohe Gewinne. Mehr im Liveticker.

Russland hat nach offiziellen Angaben im ersten Halbjahr 2022 trotz Krieg und Sanktionen einen Haushaltsüberschuss im Wert von mehr als 20 Milliarden Euro erzielt. Insgesamt liege das Plus dank gestiegener Einnahmen bei 1,374 Billionen Rubel (etwa 23 Milliarden Euro), teilte das Finanzministerium der Nachrichtenagentur Interfax zufolge mit.

Hintergrund ist der gestiegene Ölpreis, von dem Russland profitiert. So lagen die Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor deutlich über Plan. Im ersten Halbjahr erlöste Russland demnach durch den Verkauf von Öl und Gas mehr als 100 Milliarden Euro. Das sind 66 Prozent der geplanten Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Rohstoffe für das gesamte Jahr 2022.

Die westlichen Sanktionen haben bislang vor allem den Import westlicher Waren nach Russland erschwert. Die Strafmaßnahmen gelten aber als nicht besonders wirksam beim Export von russischen Rohstoffen – in erster Linie Öl und Gas. Die hohen Preise auf den Rohstoffmärkten haben dazu geführt, dass Russland trotz geringerer Ausfuhrmengen höhere Gewinne daraus erzielen konnte.

Alle Entwicklungen im Liveticker:

20:18 Uhr – Kremlkritiker Jaschin droht Haft wegen „Diskreditierung der Armee“

Die russischen Behörden haben ein Strafverfahren gegen den Kremlkritiker Ilja Jaschin wegen der Verbreitung angeblich diskreditierender Falschmeldungen zum Einsatz der Armee eingeleitet. „Mich hat gerade der Ermittler angerufen – in seinem Haus beginnt eine Durchsuchung“, teilte Jaschins Anwalt Wadim Prochorow auf seiner Facebook-Seite mit. Bei einer Verurteilung drohen Jaschin bis zu zehn Jahre Haft. Jaschin gehört zur liberalen Opposition und war in Russland einer der letzten lautstarken Kritiker des Kriegs gegen die Ukraine, der noch auf freiem Fuß war.

19:01 Uhr – Diplomatische Vertretung von Donezk in Moskau eröffnet

Die prorussischen Separatisten der selbst ernannten Volksrepublik Donezk im Osten der Ukraine haben in Moskau ihre diplomatische Vertretung eröffnet. Die Repräsentanz wurde, begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot, in der Innenstadt von Moskau in der Nähe westlicher Vertretungen eingeweiht.

17:56 Uhr – USA kündigen zusätzliche 1,7 Milliarden Euro Hilfen für die Ukraine an

Das US-Finanzministerium hat eine weitere Zahlung von Finanzhilfen im Umfang von 1,7 Milliarden Dollar (1,7 Milliarden Euro) an die Ukraine bekannt gegeben. Der Betrag, der Teil des von Präsident Joe Biden im Mai unterzeichneten Hilfspakets in Höhe von insgesamt 7,5 Milliarden Dollar ist, soll von der Weltbank ausgezahlt werden und der Finanzierung „kritischer Dienstleistungen“ dienen, wie das US-Finanzministerium mitteilte. Demnach sollen mit dem Geld etwa die Löhne des ukrainischen Gesundheitspersonals bezahlt werden.

17:31 Uhr – Putin befördert Industrieminister zum Vizeregierungschef

Kremlchef Wladimir Putin stärkt die Rolle des russischen Industrieministers Denis Manturow. Der russische Präsident hat per Dekret das Amt des Industrieministers mit der Stelle eines Vizeregierungschefs verknüpft. Künftig gibt es in der russischen Regierung damit elf Stellvertreter für den Kabinettschef Michail Mischustin.

16:58 Uhr – Slowenien erwartet Waffen-Ringtausch mit Deutschland bis Ende des Sommers

Der slowenische Ministerpräsident Robert Golob erwartet bis Ende des Sommers eine Einigung mit Deutschland über einen Waffen-Ringtausch. Danach soll das Land unter anderem T72-Panzer an die Ukraine abgeben und als Ersatz dann von Deutschland Militärgerät erhalten. „Der Ringtausch ist eine gute Idee“, verteidigte Golob im Reuters-TV-Interview am Dienstag die geplante Vereinbarung, die die Bundesregierung vorgeschlagen hatte.

Die Ukraine habe das Recht, sich gegen die russischen Angriffe zu verteidigen und bräuchten dafür Waffen. Waffen aus russischer Produktion, die in osteuropäischen Ländern noch vorhanden sind, seien dabei für die ukrainischen Soldaten leichter einsetzbar. Zuvor hatte er gesagt, dass Slowenien schon Waffen an die Ukraine geliefert habe. „Allerdings wird es bald keine Waffen aus russischer Produktion mehr geben“, sagte er zu den Beständen in den Nato-Ländern.

Golob wies den Vorwurf einer Zeitverzögerung durch den Ringtausch zurück. Die größte Verzögerung gebe es auch bei den slowenischen Waffen dadurch, dass das ausrangierte Militärmaterial zunächst wieder funktionstüchtig gemacht werden müsse. Auf die Frage, bis wann er mit Deutschland eine Einigung erwarte, welche Ausrüstung Slowenien im Gegenzug erhält, sagte Golob: „Bis Ende des Sommers.“

16:49 Uhr – Serbien will ab 2023 Gasimporte aus Russland reduzieren

Serbien will ab 2023 Gas aus Aserbaidshan und LNG aus Griechenland beziehen. Ab September nächsten Jahres sollen die Energiequellen über eine dann betriebsbereite Verbindungsleitung zur bulgarischen Pipeline transportiert werden, sagt Energieministerin Zorana Mihajlovic. Die Pipeline fließt von Griechenland nach Bulgarien und wurde vergangene Woche fertiggestellt.

Serbien ist als enger Verbündeter Russlands bekannt und bislang zu 100 Prozent von russischen Gaslieferungen abhängig. Der Druck auf den EU-Beitrittskandidaten, seine Energieimporte zu diversifizieren, ist angesichts des Krieges in der Ukraine gestiegen.

16:26 Uhr – UN: Mehr als 5000 Zivilisten in der Ukraine getötet

Die Zahl der seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine getöteten Zivilisten übersteigt dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte zufolge die Marke von 5000. Die tatsächliche Zahl dürfte allerdings deutlich höher liegen als die bekannten 5024 Fälle, heißt es im Wochenbericht des OHCHR.

16:20 Uhr – Lego beendet endgültig alle Geschäfte in Russland

Der Spielzeughersteller Lego beendet wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seine Geschäfte in Russland „auf unbestimmte Zeit“. Das bedeute die Kündigung der Partnerschaft mit der Inventive Retail Group, die 81 Geschäfte in Russland betreibt, und die Kündigung der Beschäftigten in Moskau, teilte Lego am Dienstag mit. Seine Lieferungen nach Russland hatte das Unternehmen schon im März kurz nach Beginn des Krieges eingestellt.

In Russland bestätigte eine Sprecherin der Inventive Retail Group die Beendigung des Vertrags mit Lego. Das Unternehmen werde weiterhin als „Experte für Konstruktionsspielzeug“ tätig sein.

Russland hatte Lego-Produkte im Mai auf eine Liste mit Gütern gesetzt, die ohne Zustimmung des Rechteinhabers importiert werden dürfen. Auf dieser Liste fanden sich auch Smartphones von Apple und Samsung, beliebte Automarken, Spielekonsolen und wichtige Teile für verschiedene Industriezweige.

16:06 Uhr – Myanmars Armee-Chef besucht Moskau

Myanmars Militärmachthaber Min Aung Hlaing hat am Dienstag Moskau besucht. Hlaing wollte sich in der russischen Hauptstadt mit führenden Vertretern der Atom- und Raumfahrtindustrie treffen, wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldete. Hlaing habe der Einweihung einer Pagode in einem myanmarischen Kulturzentrum in der Region Kaluga, 200 Kilometer südwestlich von Moskau, beigewohnt. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, ein Treffen mit Präsident Putin sei nicht geplant.

Der Besuch des Junta-Chefs erfolgte zwei Tage, nachdem US-Außenminister Antony Blinken gesagt hatte, die USA wollten die Junta in Myanmar verstärkt unter Druck setzen. Seit dem

Militärputsch im Februar 2021 wurden in dem südostasiatischen Land tausende prodemokratische Demonstranten festgenommen.

Russland, das wegen seiner Militäroffensive gegen die Ukraine international zunehmend isoliert ist, hat seine Unterstützung für die Junta in Myanmar ausgeweitet. Unter anderem werden Waffen an das Land verkauft. Im März beteiligten sich russische Militärs an einer Parade der Streitkräfte in Myanmar.

15:47 Uhr – Deutschland und Österreich wollen sich bei akutem Gasmangel helfen

Deutschland und Österreich wollen sich im Falle eines akuten Gasmangels gegenseitig helfen. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der jeweiligen Klimaschutzminister, Robert Habeck und Leonore Gewessler, hervor. „Das beinhaltet auch die Sicherstellung von Durchleitungsrechten im Fall einer Gasmangellage, sofern dem technische oder sicherheitstechnische Gründe nicht entgegenstehen.“ Beide Länder riefen alle EU-Mitglieder auf, idealerweise noch vor Oktober 2022 sämtliche noch ausstehenden Solidaritätsabkommen abzuschließen.

15:33 Uhr – Putin reist in den Iran

Russlands Präsident Wladimir Putin will am kommenden Dienstag (19. Juli) für politische Gespräche in den Iran reisen. Neben dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi wolle er dort auch den türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdogan treffen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag der Agentur Interfax zufolge. Geplant seien Gespräche der drei Präsidenten über eine Verbesserung der Lage im Bürgerkriegsland Syrien, sagte Peskow.

Es ist eine von Putins ersten bekannten Auslandsreisen seit Beginn des von ihm angeordneten Kriegs gegen die Ukraine vor rund viereinhalb Monaten. Vor zwei Wochen war der Kremlchef bereits in die verbündeten zentralasiatischen Staaten Tadschikistan und Turkmenistan geflogen. Unter Verweis auf die Corona-Pandemie nahm Putin in den vergangenen Monaten an vielen Terminen nur im Online-Format teil.

Offiziell gibt sich der Iran mit Blick auf Putins Ende Februar begonnenen Krieg gegen die Ukraine neutral. Doch die Sympathien der iranischen Führung für Russland sind bekannt.

Irans Beziehungen zum flächenmäßig größten Land der Erde sind in den vergangenen Jahren immer enger geworden – insbesondere seit 2018, als die USA unter ihrem damaligen Präsidenten Donald Trump aus dem Wiener Atomabkommen ausstiegen. Aufgrund von US-Sanktionen konnte der Iran zudem militärische Ausrüstung fast nur noch aus Russland beziehen.

14:56 Uhr – Opec erwartet 2023 keine Entspannung auf dem Ölmarkt

Die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) erwartet trotz erhöhter Fördermengen des Kartells im kommenden Jahr keine Entspannung auf dem Ölmarkt. In einem am Dienstag veröffentlichten ersten Ausblick auf den Ölmarkt 2023 geht die Opec davon aus, dass das weltweite Wachstum der Ölnachfrage den Zuwachs des Angebots um eine Million Barrel (je 159 Liter) pro Tag übertreffen werde. Wie es weiter in dem in Wien veröffentlichten Bericht der Opec-Forschungsabteilung heißt, soll die Versorgungsknappheit im kommenden Jahr andauern.

Zuletzt war die Opec Ende Juni ihrer Politik einer moderaten Anhebung der Fördermenge treu geblieben. Die Öl-Allianz Opec+, in der neben den Mitgliedern des Kartells auch andere wichtige Förderstaaten wie Russland zusammengeschlossen sind, kündigte an, die Förderung im August um 648 000 Barrel pro Tag erhöhen zu wollen.

Nach einem starken Anstieg der Ölpreise wegen der Folgen des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine waren immer wieder Rufe laut geworden, dass die Opec+ mit einem höheren Angebot eine dämpfende Wirkung auf den Höhenflug der Ölpreise ausüben solle. Experten gehen jedoch davon aus, dass einzelne Mitgliedsstaaten der Opec+ bei den Produktionsmengen die angepeilten Ziele verfehlen.

14:48 Uhr – Ukrainischer Justizminister sieht Putin in Zukunft im Gefängnis

Der ukrainische Justizminister Denys Maljuska ist überzeugt, dass der russische Präsident Wladimir Putin (</themen/wladimir-putin/>) und sein Außenminister Sergej Lawrow wegen des Angriffskriegs gegen sein Land ins Gefängnis kommen werden. „Das wird zweifellos geschehen, aber die Frage ist: wann“, sagte Maljuska am Dienstag in Prag. Er hoffe, dass dies

„eher früher als später“ sein werde. Aggressorstaaten dürften nicht vor Strafverfolgung geschützt sein. Zudem sei klar, wer den Befehl zum Angriff gegeben habe.

Mit einem solchen Schritt würde auch ein Zeichen gegen mögliche Nachahmer der russischen Expansionspolitik gesetzt, argumentierte der Politiker. Bisher schützt indes das Völkergewohnheitsrecht Staatsoberhäupter durch Immunität.

Maljuska nahm in Prag als Gast an einem informellen Treffen der Justizminister der 27 EU-Mitgliedstaaten teil. Ein Thema ist dabei auch die organisatorisch-technische Hilfe bei der Sicherung von Beweismitteln im Ukraine-Krieg.

14:35 Uhr – Ukrainische Armee verstärkt offenbar Angriffe in südlicher Region Cherson

Die ukrainische Armee hat ihre Angriffe in der von Russland eroberten Region Cherson offenbar deutlich verstärkt. Laut ukrainischen Militärangaben sollen dort in der Nacht zum Dienstag 52 russische Soldaten getötet sowie unter anderem ein Munitionslager zerstört worden sein. Die örtliche prorussische Verwaltung erklärte hingegen, ukrainische Raketen hätten in der Stadt Nowa Kachowka zivile Wohnungen und Infrastruktur getroffen, mindestens sieben Menschen seien dabei gestorben.

Die südukrainische Region Cherson war kurz nach Beginn des russischen Angriffskrieges von den Invasionstruppen eingenommen worden. Die ukrainischen Streitkräfte starteten dann vor einigen Wochen eine Gegenoffensive in der Region, die an die 2014 von Russland annektierte Krim-Halbinsel angrenzt.

Der Schwerpunkt der Kämpfe in der Ukraine lag in den vergangenen Wochen allerdings im Osten des Landes, wo Russland den Großteil seiner Truppen konzentriert hat und zuletzt Geländegewinne erzielen konnte.

14:13 Uhr – UN beraten zu Getreidekrise in Istanbul

Zur Lösung des Streits um Getreideexporte aus der Ukraine sollen am Mittwoch Vertreter Moskaus, Kiews, Ankaras und der Vereinten Nationen in der Türkei zusammenkommen.

Militärdelegationen aus den drei Ländern und UN-Vertreter sollen sich in Istanbul treffen, wie das türkische Verteidigungsministerium am Dienstag mitteilte.

Zuvor hatte bereits der Direktor der Abteilung für internationale Organisationen im russischen Außenministerium, Pjotr Iljitschow, in einem von der Nachrichtenagentur Interfax veröffentlichten Interview ein Treffen angekündigt.

13:59 Uhr – Ukraine-Krieg lässt Pepsi-Gewinn einbrechen

Der US-Lebensmittelkonzern Pepsico hat die Erlöse im zweiten Quartal erhöht, aufgrund des Ukraine-Kriegs aber deutlich weniger verdient. Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum sank der Nettogewinn um rund 40 Prozent auf 1,4 Milliarden Dollar (1,4 Mrd Euro), wie der Coca-Cola-Rivale am Dienstag mitteilte. Pepsico hatte sein Geschäft im Russland im März wegen des Angriffskriegs gegen die Ukraine stark eingeschränkt. Das führte zu Abschreibungen von mehr als einer Milliarde Dollar und ließ das Quartalsergebnis einbrechen.

13:30 Uhr – Ukraine bedankt sich für 1,7 Mrd. Dollar Unterstützung

Die Ukraine hat nach Angaben von Ministerpräsident Denys Schmyhal weitere finanzielle Unterstützung im Volumen von 1,7 Milliarden Dollar erhalten. Schmyhal bedankt sich dafür auf Twitter bei den Vereinigten Staaten und US-Präsident Joe Biden.

Am Samstag hatte der Ministerpräsident erklärt, das Geld werde von einem Geber-Fonds kommen, den Unterorganisationen der Weltbank und die US-Entwicklungsbehörde USAID gemeinsam geschaffen hätten. Das Geld müsse nicht zurückgezahlt werden und fließe in den ukrainischen Staatshaushalt zur Verwendung im Gesundheitssektor. Hintergrund für die Hilfe sei „die russische Aggression gegen die Ukraine im großen Stil“, sagt Schmyhal.

13:23 Uhr – EU gewährt Ukraine Eine-Milliarde-Kredit für laufende Kosten

Die von Russland angegriffene Ukraine erhält einen weiteren Kredit über eine Milliarde Euro von der Europäischen Union. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission

stimmten die EU-Staaten am Dienstag zu. Das Geld soll dazu genutzt werden, laufende Kosten etwa für Rentenzahlungen und den Betrieb von Krankenhäusern zu decken.

12:57 Uhr – Online-Medien von schwerreichem Ukrainer Achmetow eingestellt

Kurz nach der Ankündigung eines Ausstiegs aus dem Mediengeschäft haben die Nachrichtenseiten des ukrainischen Milliardärs Rinat Achmetow ihren Betrieb eingestellt. „Das ist ein erzwungener Schritt“, schrieb die Sprecherin des Konzerns System Capital Management, Natalija Jemtschenko, am Dienstag bei Facebook. Seit Mitternacht gebe es keine Nachrichten mehr auf den Seiten der Online-Zeitung Segodnya.ua oder des Nachrichtensenders Ukrajina 24. Die Einstellung des Mediengeschäfts war am Montag angekündigt worden.

Die frei verfügbaren Fernsehsender der Gruppe zeigten über Antenne und Satellit das seit dem russischen Einmarsch im Februar landesweit einheitliche Nachrichtenprogramm. Achmetows Medienunternehmen gehört zu den vier großen Mediengruppen der Ukraine. Der Unterhaltungssender Ukrajina war 2021 noch Marktführer bei den über 18-Jährigen. Der erst 2019 gestartete Nachrichtensender Ukrajina 24 wiederum dominierte das Nachrichtensegment.

Hintergrund von Achmetows Rückzugs aus dem Mediengeschäft ist ein im vorigen Jahr beschlossenes Gesetz gegen superreiche Ukrainer. Großunternehmer mit Medieneinfluss sollten dazu in ein sogenanntes Oligarchen-Register aufgenommen werden. Diese Oligarchen dürfen dann keine Parteien, politische Werbung oder Demonstrationen finanzieren und sind von Geschäften mit Privatisierungen ausgeschlossen. Unklar ist bisher, wie der Förderer von Selenskyj, Ihor Kolomojskyj, mit seinen TV-Sendern und der Nachrichtenagentur Unian verfahren wird.

12:15 Uhr – Prorussische Separatisten melden Vorrücken auf Siewersk

Die russischen Truppen in der Ost-Ukraine und ihre Verbündeten sind nach Darstellung der prorussischen Separatisten dort dabei, die Stadt Siewersk in der Region Donezk zu umzingeln. Die Nachrichtenagentur Tass beruft sich auf den Botschafter der selbst

ernannten Volksrepublik Luhansk in Moskau, Rodion Miroshnik. Bei Siewersk verläuft gegenwärtig die Front in der Region.

11:51 Uhr – Viele Ukrainer wollen angeblich Pass wechseln

Nach Darstellung der Regierung in Moskau wollen viele Ukrainer ihr Angebot nutzen, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Präsidialamtssprecher Dmitri Peskow erklärt zudem, es stehe gegenwärtig nicht zur Debatte, Friedensgespräche mit der Regierung in Kiew wieder aufzunehmen.

11:20 Uhr – Söder fordert Mehrwertsteuersenkung

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat angesichts der hohen Inflation Steuerentlastungen gefordert. „Umsteuern heißt jetzt, kalte Progression abschaffen“, sagt der CSU-Chef im ZDF-„Morgenmagazin“. „Zweitens: Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel so weit runter wie es nur irgendwie geht und zwar für alle Nahrungsmittel.“ Drittens müssten die Steuern für Energie, Strom und Sprit gesenkt werden.

Söder plädiert zudem erneut dafür, die drei verbliebenen Atomkraftwerke am Netz zu lassen, um Energie-Engpässe zu vermeiden. Der TÜV Süddeutschland sei in seinem Gutachten zu dem Schluss gekommen, dass das machbar sei.

Die bisherigen Maßnahmen des Bundes zur finanziellen Entlastung der Menschen in Deutschland wegen gestiegener Preise kritisierte Söder als unzureichend. Programme wie das Neun-Euro-Ticket oder der Tankrabatt seien „nicht sehr wirksam“, sagte er. „Wir werden eine dramatische Gefahr haben, dass große Teile der Mitte in Deutschland absteigen könnten“, mahnte der Ministerpräsident.

11:05 Uhr – EU friert fast 14 Milliarden Euro an russischem Vermögen ein

Im Zuge der EU-Sanktionen gegen Russland sind in Europa inzwischen fast 14 Milliarden Euro an russischem Vermögen eingefroren. Der Gesamtwert der sichergestellten Besitztümer von Oligarchen und anderen Verantwortlichen belaufe sich auf 13,8 Milliarden Euro, sagte

EU-Justizkommissar Didier Reynders am Dienstag am Rande eines Justizministertreffens in Prag. Das sei „gewaltig“, sagte der Belgier.

Allerdings engagierten sich nicht alle EU-Länder gleichermaßen für die Umsetzung der bisher sechs Sanktionspakete gegen Russland, kritisierte Reynders. Der Großteil der Summe – gut zwölf Milliarden Euro – sei in fünf der 27 Mitgliedstaaten sichergestellt worden. Deutschland spielt hierbei nach Angaben der Bundesregierung eine tragende Rolle: Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte die in Deutschland eingefrorenen Vermögenswerte aus Russland Mitte Juni auf 4,48 Milliarden Euro beziffert. Darunter sind demnach Schiffe und Yachten sowie Zentralbankguthaben und Firmenbeteiligungen.

Derzeit sind 1158 Verantwortliche und 98 Firmen und Institutionen von den EU-Sanktionen betroffen. Darunter sind der russische Präsident Wladimir Putin und Oligarchen wie Roman Abramowitsch.

10:25 Uhr – Russland rekrutiert laut Briten wohl Söldner aus Gefängnissen

Britische Geheimdienstexperten halten es für möglich, dass Russland in Gefängnissen Kämpfer für die Söldnertruppe Wagner anheuert. „Personalmangel bei den russischen Streitkräften könnten das russische Verteidigungsministerium dazu zwingen, zu unkonventionellen Rekrutierungsmethoden zu greifen“, hieß es im täglichen Geheimdienst-Update des Verteidigungsministeriums in London. Dazu gehöre die Rekrutierung in Gefängnissen für die Söldnertruppe. „Sollte das wahr sein, weist dieser Schritt wahrscheinlich auf Schwierigkeiten beim Ersetzen der erheblichen russischen Verluste hin“, so die Mitteilung weiter.

Vor einigen Tagen hatte bereits der ukrainische Geheimdienst mitgeteilt, Russland rekrutiere angesichts hoher Verluste Häftlinge für private Militärunternehmen. Den Männern werde nach der Erfüllung der vertraglich vereinbarten Pflichten eine vorzeitige Entlassung versprochen, hieß es. Überprüfen ließ sich das zunächst nicht. Doch auch die Ukraine verspricht verurteilten Straftätern Amnestie im Gegenzug für einen Fronteinsatz.

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs Ende Februar veröffentlicht die britische Regierung regelmäßig Geheimdienstinformationen zum Verlauf. Moskau wirft London eine gezielte

Desinformationskampagne vor.

09:02 Uhr – Importe aus Russland steigen auf 3,3 Milliarden Euro

Deutschlands Einfuhren aus Russland sind im Mai vor allem wegen der hohen Preise für Öl und Gas gestiegen. Sie legten wertmäßig um knapp 33 Prozent im Vorjahresvergleich auf 3,3 Milliarden Euro zu, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Mengenmäßig dagegen gingen die Importe weiter zurück – um rund 29 Prozent im Vergleich zum Mai 2021.

Wichtigste Importgüter aus Russland waren Öl und Gas im Wert von 1,9 Milliarden Euro sowie Metalle und Kohle im Wert von jeweils 0,4 Milliarden Euro. Der wertmäßige Anstieg bei Öl und Gas betrug laut Statistik rund 29 Prozent, der für Metalle knapp 22 Prozent und der für Kohle 254 Prozent.

Trotz der Sanktionen gegen Russland stiegen im Mai auch die Exporte. Das lag aber vor allem an der Zunahme der Arzneimittelausfuhren: Sie kletterten im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 48 Prozent und im Vergleich zum April um über 60 Prozent auf einen Wert von rund 215 Millionen Euro. Insgesamt führte Deutschland Waren im Wert von 1,1 Milliarden Euro nach Russland aus – eine Zunahme im Vergleich zum April, ein Rückgang im Vergleich zum Mai 2021.

Im Mai vor einem Jahr waren nach Angaben der Statistik Maschinen noch das wichtigste Exportgut nach Russland. Auch die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen sowie von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ging im Vorjahresvergleich wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stark zurück.

08:01 Uhr – Habeck hofft auf Gas aus Russland

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hofft nach dem Ende der Wartungsarbeiten an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 auf weitere Gaslieferungen aus Russland. „Ich habe keine geheime Information, weder in die eine noch in die andere Richtung“, sagte der Grünen-Politiker am Montagabend in den ARD-„Tagesthemen“. „Die Möglichkeit besteht. Die Chance, dass es nicht so kommt, ist auch da. Wir werden abwarten müssen.“

07:40 Uhr – Ukraine erwartet neue Angriffswelle, Explosion in Cherson

Nach weitreichenden Luftangriffen mit mehr als 30 Toten stellt sich die Ukraine auf neue Attacken russischer Bodentruppen ein. Der ukrainische Generalstab erklärte, der massive Beschuss sei eine Vorbereitung auf neue Angriffe. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilte mit, seit Samstag habe es 34 Luftangriffe gegeben. Die Moskauer Regierung weist Vorwürfe zurück, Zivilisten ins Visier zu nehmen.

Stattdessen warf Russland der Ukraine einen Angriff auf eine von russischen Kräften gehaltene Stadt in der Region Cherson vor. Die russische staatliche Nachrichtenagentur Ria Nowosti meldete unter Berufung auf die in Nowa Kachowka eingesetzte prorussische Verwaltung zwei Tote, vier Vermisste und Dutzende Verletzte nach dem Angriff auf die Stadt. Viele Menschen seien unter Trümmern verschüttet worden. Auch Hunderte Häuser seien beschädigt. Zudem sei es zu einer Explosion in einem Düngemittel-Lager gekommen, sagte ein Vertreter der zuständigen Behörde laut der russischen Nachrichtenagentur Tass.

Die Ukraine erklärte, ihr Militär habe ein Munitionslager und weitere Gebäude zerstört. Es seien etwa eine Haubitze und Militärtechnik zerstört worden. Zudem habe der Feind mehr als 50 Soldaten „verloren“. Unabhängig überprüfen ließen sich die Angaben beider Seiten zunächst nicht.

05:45 Uhr – Linken-Fraktionschef Bartsch wirft Habeck Zynismus vor

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch wirft der Bundesregierung vor, die Energiepreise als Sparanreiz bewusst in die Höhe schießen zu lassen. Bartsch bezieht sich auf ein Schreiben des Wirtschaftsministeriums, das Preisobergrenzen ablehnt und erklärt: „Preissignale müssen erhalten bleiben, damit die steuernde Funktion des Markts im Hinblick auf Energieeinsparungen und energieeffizientes Verhalten gewahrt wird.“

Bartsch sprach von Zynismus. Wirtschaftsminister Robert Habeck müsse die Gasversorgung ([/wirtschaft/plus239852357/Abfuhr-fuer-Baerbock-In-Japan-zerschlaegt-sich-deutsche-LNG-Hoffnung.html](https://www.wirtschaft.plus239852357/Abfuhr-fuer-Baerbock-In-Japan-zerschlaegt-sich-deutsche-LNG-Hoffnung.html)) sicherstellen und für bezahlbare Preise sorgen – wie es andere Länder auch schafften, sagte der Linken-Politiker. „Dass er stattdessen die Preise bewusst

explodieren lässt und den Zuchtmeister am Heizungsregler spielt, ist inakzeptabel und abgehoben.“ Statt Appellen zum Energiesparen brauche Deutschland einen „Gaspreisdeckel nach europäischem Vorbild“.

05:22 Uhr – FDP will Verfolgung von Verbrechen im Ukraine-Krieg erleichtern

Zur Verfolgung von Verbrechen beim russischen Angriffskrieg in der Ukraine will der FDP-Politiker Stephan Thomae die Befugnisse des Generalbundesanwalts ausweiten. Dieser könne bereits jetzt Straftaten gegen das Völkerrecht verfolgen, auch wenn sie keinen Bezug zu Deutschland haben – etwa bei Kriegsverbrechen oder Völkermord. „Bei dem offensichtlichsten Völkerrechtsbruch, den Russland gegen die Ukraine begeht, nämlich dem Verbrechen der Aggression, sind dem Generalbundesanwalt derzeit aber die Hände gebunden“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion der Deutschen Presse-Agentur.

03:54 Uhr – Schulze: Entwicklungsländer sollen Getreide selbst anbauen

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) hat Entwicklungsländer angesichts der derzeitigen Ernährungskrise dazu aufgerufen, sich unabhängiger von Weizenimporten zu machen und mehr Getreide selbst anzubauen. „Neben der akuten Hilfe kommt es jetzt darauf an, dass Entwicklungsländer mehr selber anbauen können, und zwar klimaangepasst und nachhaltig“, sagte Schulze den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Es geht darum, dass ärmere Länder unabhängiger werden vom Weltmarktgeschehen beim Weizen.“

Das gelinge mit lokalen Getreidesorten wie Sorghum, die an Boden und Klima in Afrika gut angepasst seien, sagte Schulze. Die SPD-Politikerin beklagte, der russische Angriff auf die Kornkammer Ukraine treibe weltweit Millionen Menschen zusätzlich in den Hunger.

02:59 Uhr – Explosionen in Mykolajiw

Die südukrainische Hafenstadt Mykolajiw am Schwarzen Meer ist in der Nacht von mehreren russischen Raketen beschossen worden. „Es gibt starke Explosionen. Ich bitte alle, in ihren

Luftschutzräumen zu bleiben“, schrieb Bürgermeister Alexander Senkewitsch bei „Telegram“.

02:39 Uhr – Reichster Mann der Ukraine übergibt Medienimperium an die Regierung

Der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow, übergibt wegen eines Gesetzes zur Begrenzung des Einflusses von Oligarchen sein gesamte Medienimperium an den Staat. „Diese Woche wird die Media Group Ukraine alle ukrainischen Lizenzen unserer Fernsehkanäle (...) und Printmedien zugunsten des Staates abgeben“, erklärte Achmetow.

Der 55-jährige Multimilliardär erklärte, die in dem im September 2021 beschlossenen Gesetz festgehaltene kurze Frist zum Verkauf von Medien und die „russische militärische Aggression gegen die Ukraine“ mache es ihm „unmöglich“, die Medienunternehmen zu Marktbedingungen zu verkaufen. Die Media Group Ukraine ist eine der größten Medien-Holdings in dem Land. Ihr gehören zehn TV-Kanäle, darunter Nachrichtensender, Online-Medien und Printmedien.

02:00 Uhr – USA werfen Iran vor, Drohnenlieferung an Russland zu planen

Die Vereinigten Staaten haben Hinweise, wonach der Iran Russland im Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützen will. „Unsere Informationen zeigen, dass die iranische Regierung sich darauf vorbereitet, schnell mehrere Hundert unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs) bereitzustellen, darunter auch solche, die Waffen transportieren können“, sagte der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, in Washington.

Iran werde auch Russen ausbilden, diese umgangssprachlich oft als Drohnen beschriebenen UAVs einzusetzen, sagte Sullivan weiter. Ein solches Training könne laut US-Kenntnissen bereits Mitte Juli beginnen. Es sei aber unklar, ob bereits solche Waffen geliefert worden seien. Sullivan deutete die Informationen als Hinweis darauf, dass die Kriegsfortschritte Russlands im Osten der Ukraine Auswirkungen auf die Aufrechterhaltung eigener Waffenbestände hätten.

US-Präsident Joe Biden reist in dieser Woche unter anderem nach Saudi-Arabien, wo er auch versuchen wird, die ölfördernden Golfstaaten zu überreden, ihre Förderquoten angesichts der aktuellen Energiekrise zu erhöhen.

01:40 Uhr – EU-Einstufung von Gas und Atom als klimafreundlich nimmt letzte Hürde

Investitionen in bestimmte Gas- und Atomkraftwerke können in der EU wie erwartet ab Januar 2023 als klimafreundlich eingestuft werden. Um Mitternacht lief eine Frist für die EU-Länder aus, um das umstrittene Finanzvorhaben noch zu stoppen. In der vergangenen Woche hatte das EU-Parlament gebilligt, Atomkraft und Gas unter Auflagen in die sogenannte Taxonomie aufzunehmen. Das Klassifizierungssystem soll Unternehmen und Bürgern dabei helfen, klimafreundliche Projekte zu identifizieren und Geld dort zu investieren. Ziel ist es, den Kampf gegen Klimawandel voranzubringen. Umweltschützer hatten kritisiert, dass Gas- und Atomkraftwerke nicht umweltfreundlich seien.

22:45 Uhr – Selenskyj kritisiert geplante Lieferung von gewarteter Gasturbine

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj

([/politik/ausland/article239869183/Selenskyj-bestellt-wegen-Turbinenlieferung-kanadischen-Botschafter-ein.html](https://politik/ausland/article239869183/Selenskyj-bestellt-wegen-Turbinenlieferung-kanadischen-Botschafter-ein.html)) hat die geplante Lieferung einer gewarteten russischen

Turbine für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 scharf kritisiert. „Wenn ein terroristischer Staat eine solche Ausnahme bei den Sanktionen durchsetzen kann, welche Ausnahmen will er dann morgen oder übermorgen? Diese Frage ist sehr gefährlich“, sagte Selenskyj am Montag in einer Videobotschaft. „Und gefährlich nicht nur für die Ukraine, sondern auch für alle Länder der demokratischen Welt.“

Das russische Staatsunternehmen Gazprom hat die Liefermenge durch Nord Stream 1 im Juni deutlich gedrosselt und auf die fehlende Turbine verwiesen, die zur Reparatur in Kanada war. Eine Regierungssprecherin sagte am Montag in Berlin, die Lieferung der Turbine falle nicht unter die EU-Sanktionen, weil diese sich aus gutem Grund nicht gegen den Gastransit richteten.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

dpa/Reuters/jmi/sos/mmi/saw

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239868755>